

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Dhorn, Oberstein, Niederstein, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 256

Montag, den 3. November 1930

82. Jahrgang

Lord Cecil über die Pflicht der Alliierten zur Abrüstung

Reichsausschuß der DVP. — Höpfer-Mschoff über Arbeitslosigkeit und Revision des Youngplanes
Wachsende Reformbereitschaft

London, 2. November. Lord Cecil nimmt am Vorabend der Genfer Abrüstungsverhandlungen in dem Londoner Blatt „Reynold News“ zur Abrüstungsfrage in bemerkenswerter Weise Stellung. Die Verpflichtung zur Abrüstung, so führt er aus, sei unabänderlich. In den Zusagen, die die Alliierten den Deutschen in Versailles gemacht hätten, sei mit keinem Wort davon die Rede, daß die allgemeine Abrüstung von der Sicherheit oder irgend etwas anderem abhängig sei. Voraussetzung sei nur die deutsche Abrüstung. Das Schlußprotokoll des Locarnovertrages, in dem die Mächte sich auch zu enger Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Abrüstung verpflichtet hätten, enthalte damit eine Verpflichtung, die ebenso geachtet werden müsse, wie die Bürgschaften, die dieser Vortrag enthalte. Sicherheit müsse sich auf die Achtung vor den Verträgen stützen. England werde seine Verpflichtungen einhalten und erwarte das auch von den anderen Mächten.

Reichsausschuß der DVP.

Dingeldey zur Lage

Berlin, 2. November. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der aus den Mitgliedern des Parteivorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses, den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Wahlkreise, sowie den Vorsitzenden sämtlicher parlamentarischer Körperschaften der Partei besteht, trat am Sonntag in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dingeldey zusammen. Dingeldey der stellvertretende Parteiführer, führte in seiner Rede u. a. aus, daß für die parlamentarische Haltung der Reichstagsfraktion der DVP die Tatsache entscheidend bleibe, daß eine durchgreifende und großzügige Reform auf steuer-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet zur Rettung des Vaterlandes erforderlich sei. Nur weil die Regierung durch ihr Programm die gleiche grundsätzliche Einstellung bekundet habe, habe die Fraktion die Verantwortung dafür übernehmen können, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen. Sie stehe der Regierung in fraktioneller Angelegenheit mit eigener Verantwortung gegenüber und habe die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die klare Linie des Reformwillens nicht durch irgendwelche sozialistischen Einflüsse abgelenkt werde. Schon im Laufe dieses Monats, spätestens beim Zusammentritt des Reichstages müsse die Regierung, wenn sie den durch die Notverordnung beschrittenen Weg in seiner Grundrichtung nicht preisgeben wolle, auf den Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Jede Nachgiebigkeit gegenüber sozialistischen Verwässerungswünschen müsse eine völlige Schwächung der Reichstagsfraktion der DVP zur Folge haben. In diesem Falle müsse die Regierung sich bewußt sein, daß eine solche Entwicklung zugleich die Gefahr ihres Sturzes durch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien bedeuten könne. Im weiteren Verlauf seiner Rede legte Dingeldey die Grundzüge der Politik der Deutschen Volkspartei für die nächste Zukunft dar. Er trat dabei für eine verfassungsmäßige Reform zur Befreiung des parlamentarismus, insbesondere für eine Stärkung der Reichspräsidentengewalt, für eine Erste Kammer und für eine Reichsreform ein. Auf dem Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik verlangte er eine auf dem Boden der Privatwirtschaft aufgebaute großzügige Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch eine Neubelebung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft. In der Außenpolitik forderte er eine starke, dem Empfinden des Volkes entsprechende Aktivität.

Höpfer-Mschoff über Arbeitslosigkeit und Revision des Youngplanes

Berlin, 3. November. Auf dem Wahlkreisparteitag der Demokratischen Partei erklärte nach einer Meldung der „Montagspost“ der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Mschoff, die Angleichung des deutschen Preisniveaus an den Weltmarkt sei die unbedingte Voraussetzung zur Beseitigung

der Arbeitslosigkeit. Ohne eine Senkung der Löhne und Gehälter werde es nicht gehen, und die 6%ige Senkung der Beamtengehälter sei nur ein Beispiel. Besonderen Nachdruck habe Höpfer-Mschoff auf die aktive Außenpolitik mit dem Ziele einer Revision des Youngplanes gelegt. Man könne den Appell an die Gewalt nicht gut heißen, aber die Erfüllung des Youngplanes sei auf die Dauer unmöglich. Transer Moratorium und Zahlungs-Moratorium würden wir aber nur dann in Anspruch nehmen können, wenn wir vorher alle Anstrengungen gemacht hätten, in unseren eigenen Haushalten Ordnung zu bringen.

Wachsende Reformbereitschaft

Leipzig, 1. November. Hierzu schreibt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, in ihrem letzten Wochenbericht vom 1. November:

Gegenwärtig muß als wichtigstes Ziel gelten, den Abbau der wirtschaftlichen Selbstkosten in Form von vollziehen, die das Aufkommen neuer Spannungen möglichst vermeiden und gleichzeitig den Bestrebungen auf politische und wirtschaftliche Radikalisierung entgegenwirken. Daher ist in vielen Fällen heute nicht so sehr die grundsätzliche Richtigkeit einzelner Maßnahmen von entscheidendem Ausschlag, als vielmehr der Wille zum Handeln überhaupt. So liegt in dem jüngsten Vorgehen amtlicher Stellen eine gewisse Reformfreudigkeit, die in positivem Sinne gewertet werden muß und ausstrahlend auch die deutsche Wirtschaft aus ihren immer noch starren Bindungen zu lösen geeignet erscheint. Denn es ist nicht nur zu begrüßen, daß die Aufstellung des Reichshaushaltsplanes für 1930/31 in Einnahmen und Ausgaben um rund 1 Milliarde RM niedriger abschließt als der laufende Etat, sondern nicht minder bedeutsam sind die Vorschläge der preussischen Regierung, mit deren Durchführung sie den Arbeitsmarkt um rund 430 000 Beschäftigungslose entlasten zu können hofft. In ähnlicher Weise zeigt sich Aktivität und Bestrebungen in den Bemühungen und Erneuerung der kommunalen Finanzierungs- und Kreditgrundlagen. Besondere Aufmerksamkeit verdient aber der Umstand, daß die Preisverbilligung nunmehr auch ohne Vorliegen neuer Momente in den Auseinandersetzungen um den Lohnabbau und unabhängig von ihren Beziehungen zu den Selbstkosten lediglich aus dem Zwange zur Abfederung, und zwar ausgehend von Kohle, praktische Fortschritte macht, die in ihren unmittelbaren Wirkungen voraussichtlich noch bedeutender sein werden als in der mittelbaren Kostenersparnis selbst.

Konflikt in der Wirtschaftspartei.

Der Reichsausschuß der Deutschen Wirtschaftspartei wird in der nächsten Zeit zusammentreten, um zu Gegenfassen Stellung zu nehmen, die in der Führung der Wirtschaftspartei entstanden sind. Lediglich aus persönlichen, nicht etwa aus politischen Gründen, hat der 2. Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colloffer, seine sämtlichen Parteiämter niedergelegt und hat angekündigt, daß er, falls die Entscheidung des Reichsausschusses nicht nach seinen Wünschen ausfalle, auch sein Reichstagsmandat niederlegen und aus der Partei austreten müsse.

Weiter stehen gegen den Führer der Wirtschaftspartei, den Abgeordneten DREWIS, der Generalsekretär der Partei, der preussische Landtagsabgeordnete Dannenberg und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abgeordneter Ladendorff, in Opposition. Es wird von der Opposition erklärt, daß der Abgeordnete DREWIS die Geschäfte der Partei so selbstherrlich geführt habe, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten entstanden seien.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter DREWIS, erklärt zu den Differenzen mit Colloffer, daß diese hauptsächlich auf

Meinungsverschiedenheiten über die Haltung gegenüber dem Berufsbeamtentum

zurückzuführen. In der Deutschen Mittelstandszeitung, dem Parteiblatt der Wirtschaftspartei, in dessen Verlag Herr Colloffer führend tätig war, ist seinerzeit das sogenannte Madenlied erschienen, das starke Angriffe gegen das Beamtentum

Das Wichtigste

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes sind erhebliche Abstriche vorgenommen worden, so u. a. an dem Posten der Auslandsvertretungen.

Im Untersuchungsausschuß der Länderkonferenz ist in fast allen Punkten eine Einigung zwischen der Auffassung des Reichsfinanzministeriums und der Ländervertreter über die Neugestaltung der Anleiheberatungsstelle erzielt worden.

In Oberschlesien haben sich neue Gewalttaten gegen Deutsche ereignet. Der Wojewode hat den Empfang eines deutschen Beschwerausschusses abgelehnt.

Die italienische Presse wagt in der Beurteilung der Erfolgsaussichten der Vermittlungstätigkeit des amerikanischen Botschafters Gibson größte Zurückhaltung. Gibson wird in den nächsten Tagen zur Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen nach Genf reisen.

Der für Sonntag früh angelegte Ueberführungsflug des „Do. X“ nach Amsterdam mußte infolge des Sturmes an der englischen Küste und über Holland auf Anraten der amtlichen Wetterstationen verschoben werden.

enthielt. Auf allen großen Beamtentagungen sind deshalb heftige Beschwerden gegen die Wirtschaftspartei erhoben worden. Herr DREWIS betont, daß der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei festgestellt habe, daß die Partei als solche sich nicht mit den scharfen Angriffen gegen das Berufsbeamtentum identifizieren wolle. Um nun in Zukunft ähnliche Veröffentlichungen in dem Parteiblatt zu verhindern, habe der Reichsausschuß beschlossen, daß alle Artikel für das genannte Blatt vor ihrer Veröffentlichung dem Parteiführer DREWIS vorzulegen seien. Durch diesen Beschluß, so erklärt DREWIS, habe sich Herr Colloffer brüskiert gefühlt.

Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.

Das Reichsinnenministerium hat in seinem Haushaltsplan für 1931 100 000 Mark zur Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten angefordert. Die Amtsdauer des Reichspräsidenten läuft im Mai 1932 ab. Es ist damit zu rechnen, daß der erste Wahlgang Anfang April 1932 stattfindet. Mit hin fällt ein Teil der Wahlvorbereitungen und auch der Ausgaben noch in das Rechnungsjahr 1931.

Der Haushaltsausschuß tagt am 11. November.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist jetzt für den 11. November einberufen worden. Hauptgegenstand der Beratungen des Ausschusses ist die Notverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom Juli, zu der Aufhebungsanträge von den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen vorliegen. Ferner hat die Wirtschaftspartei die Aufhebung der Teile der Notverordnung beantragt, die sich mit den Getränkesteuern befassen. Darüber hinaus wird sich der Ausschuß mit den Anträgen der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Aufhebung des Erlasses des Finanzministers über die Kürzung der Bezüge der Reichsangestellten um 6 Prozent beschäftigen.

Finanzprogramm vor dem Reichsrat.

Reichsfinanzminister Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich werden in einer öffentlichen Sitzung des Reichsrats am Dienstagvormittag um 10 Uhr nochmals über das Finanzprogramm des Kabinetts sprechen. Der Reichsfinanzminister wird dabei auch auf das Ergebnis der Verhandlungen mit den Ländern eingehen, die zuerst in Stuttgart, dann in Berlin und letzten Sonntagabend in Dresden geführt wurden. Die Mehrheit für das jetzige Regierungsprogramm ist im Reichsrat noch nicht gesichert. Man erhebt dort vor allem Einspruch gegen die Kürzung von 100 Millionen bei den Steuerüberweisungen an die Länder, gegen die Verwendung von 400 Millionen aus der Hauszinssteuer für Etatzwecke und gegen die gleichmäßige Kürzung der Real- und Grundsteuern in ganz Deutschland. Der von den Ländern gemachte Vorschlag einer Staffelung bei der Kürzung der Beamtengehälter in der Form, daß für die höchsten Gehälter 15 Prozent gekürzt werden, dagegen von den niedrigen Gehältern nur 3 Prozent, wurde von der Reichsregierung mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß der Ertrag einer solchen gestaffelten Kürzung zu niedrig sein würde.

Wieder Abrüstungskonferenz in Genf.

Dienstag wird die deutsche Delegation für die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf abreisen. Führer der deutschen Delegation ist wieder Graf Bernstorff, der Deutschland in der Abrüstungskommission seit Jahren vertritt.

